An

>Bürgermeister/ Oberbürgermeister<

Kopie an die Fraktionen des Rates

Betr. Digitale Teilhabe älterer Menschen in >Kommune<

>Anrede<

Immer mehr ältere Menschen fühlen sich von den zunehmenden digitalen Di­­ensten überfordert und mit ihren Problemen von der Verwaltung und Politik im Stich gelassen. Die Kommission für den Achten Altersbericht zum Thema „Ältere Menschen und Digitalisierung“ sieht hier vor allem die Kommunen in der Pflicht, bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zur Förderung digitaler Kompetenzen und auch Assistenz zu gewährleisten. Um zu beurteilen, ob den Bedürfnissen der von uns vertretenen Seniorinnen und Senioren hier bereits hinreichend Rechnung getragen wird, bitten wir um folgende Auskünfte:

1. Ist der Verwaltung bekannt, wie viele ältere Menschen in den unterschiedlichen Altersgruppen von 60 bis weit über 90 in >Kommune< das Internet nutzen, wie viele das nicht tun und warum nicht. Falls nicht, plant die Verwaltung eine entsprechende Bedarfserhebung?
2. Welche Angebote der Kommune und anderer Träge gibt es zurzeit in >Kommune< zur Förderung digitaler Kompetenzen älterer Menschen in welchen Formaten? Wie viele Personen können mit diesen Kapazitäten zurzeit maximal erreicht werden?
3. Wo und wie können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über die bestehenden Angebote informieren?
4. Ist die Verwaltung der Auffassung, dass die bestehenden Angebote den unterschiedlichen Bedarfen der sehr heterogenen Gruppe älterer Menschen entsprechen? Falls nicht, welche Ergänzungen sind konkret (mit Haushaltsmitteln unterlegt) geplant?
5. Besonders große Ausgrenzungserfahrungen und Nutzungsprobleme werden von den E-Government-Diensten berichtet, die nach dem Onlinezugangsgesetz noch ausgeweitet werden sollen. An wen können sich alle Bürgerinnen und Bürger, aber insbesondere die älteren wenden, wenn sie bei der Nutzung nicht weiterkommen?
6. Ist der Verwaltung bekannt, inwieweit die Pflegeheime in >Kommune< inzwischen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern die Internetnutzung durch WLAN in den Zimmern ermöglichen und sie bei der Nutzung bedarfsgerecht unterstützen? Falls diese Maßnahmen quantitativ und qualitativ nicht ausreichen, welche Maßnahmen plant die Verwaltung zusammen mit den Trägern?
7. Die meisten pflegebedürftigen Menschen werden Zuhause gepflegt. Mit Digitalen Pflegeanwendungen (DiPAs) und Altersgerechten Assistenzsystemen (AAS) soll ein längerer Verbleib in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht werden. Aber auch dazu ist Unterstützung erforderlich. Ist der Verwaltung bekannt, welche Träger der Altenhilfe und ambulanten Pflege Hausbesuche auch zur Unterstützung bei digitalen Anwendungen in diesem Bereich anbieten und hält die Verwaltung diese quantitativ und qualitativ für bedarfsgerecht? Falls nicht, welche Maßnahmen plant die Verwaltung zur Deckung dieses Bedarfs

Wir bitten um zeitnahe Beantwortung und stehen auch gerne für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen